

XXIV. GP.-NR

3529 /J

28. Okt. 2009

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Karlsböck
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Gesundheit
betreffend Nanomaterialien

Die Nanotechnologie gilt als *DIE* Zukunftstechnologie des 21. Jahrhunderts. Die Bandbreite der Anwendungen reicht vom Einsatz in der Elektronikbranche und bei der Automobilbranche bis hin zu die Nutzung in der Architektur und der Medizin. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit bleiben jedoch die derzeitigen tiefgreifenden Veränderungen auf dem Lebensmittelmarkt. Künstlich hergestellte Nanomaterialien werden immer mehr Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln zugefügt und können so auf österreichischen Tellern landen. Auch Lebensmittelverpackungen sowie Küchenutensilien und –geräte, wie beispielsweise Kühlschränke, werden immer häufiger mit Nanomaterialien versehen. Über den Einsatz in Düngern und Pestiziden halten Nanomaterialien Einzug in die Landwirtschaft und gelangen somit direkt in die Umwelt.

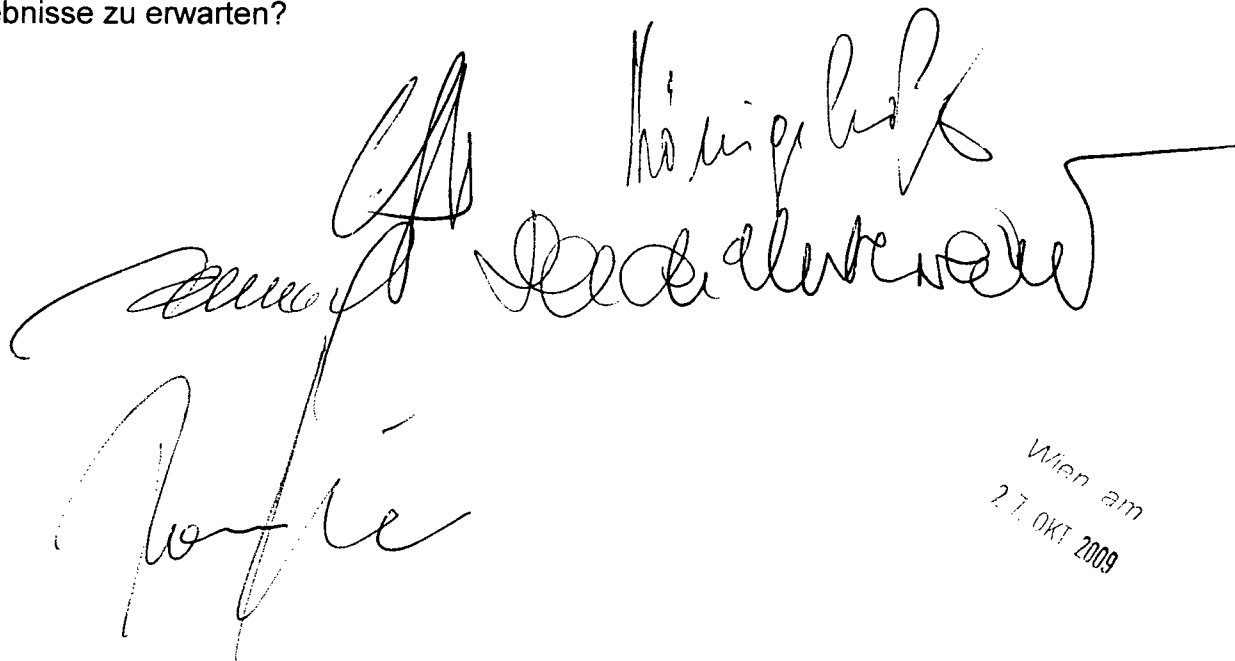
Diese Nanomaterialien umfassen die Nanoobjekte wie Nanopartikel, Nanofasern (Stäbchen, Rörchen) und Nanoplättchen, die aus verschiedenen Materialien bestehen können, und daraus abgeleitete Agglomerate, Aggregate und sonstige komplexere Strukturen. Technisch erzeugte Nanomaterialien besitzen neuartige Eigenschaften, die für die Entwicklung neuer Produkte und Anwendungen von Bedeutung sind. Diese neuen Material- und Stoffeigenschaften leiten sich aus den besonderen Oberflächen- und Grenzflächeneigenschaften sowie zum Teil aus der geometrischen Form des Materials ab. Beispielsweise werden durch deren Einsatz in Textilien Kleidungsstücke schmutzabweisend und der Schweißgeruch wird reduziert.

Die Wirkung von Nanomaterialien auf den Menschen und die Umwelt ist bisher kaum erforscht. Die Partikel sind entweder fest in einen Stoff eingebunden oder liegen in freier Form vor. Die größten Risiken für Mensch und Umwelt können nach Ansicht des deutschen Umweltbundesamtes diejenigen Nanomaterialien bergen, die als freie Teilchen in Produkten enthalten sind, wie zum Beispiel in Sprays, und unkontrolliert freigesetzt werden. Dadurch können sie sich über die Luft verbreiten und über die Atemwege aufgenommen werden. Unklar ist, ob giftige Substanzen, die den Teilchen anhaften könnten, über die Haut in den Körper gelangen können. Durch den Mund zugeführte Nanomaterialien, wie zum Beispiel in Arzneimitteln, können über den Darm aufgenommen werden. Von dort können sie ins Lymphsystem gelangen und ins Blut übertreten. Solange Nanomaterialien fest in Materialien eingebunden sind und nicht freigesetzt werden, ist nach Ansicht des deutschen Umweltbundesamtes eine Gefährdung von Mensch und Umwelt sehr unwahrscheinlich. Über die Freisetzung ursprünglich fest eingebundener Teilchen aus Produkten durch Alterungs- oder Abbauprozesse liegen dem deutschen Umweltbundesamt bisher keine ausreichenden Informationen vor. Darüber hinaus gibt es über Umweltwirkungen von Nanomaterialien bisher nur wenige wissenschaftliche Untersuchungen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit folgende

ANFRAGE

1. Welche verbrauchernahen Produkte mit Nanomaterialien sind derzeit am österreichischen Markt erhältlich?
2. Gibt es Überlegungen ein geeignetes Kennzeichnungssystem einzuführen, das informiert, ohne eine Gefahr zu suggerieren?
3. Gibt es Überlegungen ein Melderegister für Produkte, die Nanomaterialien enthalten, einzuführen?
4. Wenn ja, wie werden die Nanomaterialien definiert und welche weiteren Eigenschaften muss ein Produkt erfüllen, um in das Melderegister aufgenommen zu werden?
5. Gibt es österreichische Studien, die die Auswirkungen von Nanomaterialien in der Umwelt untersuchen?
6. Wenn ja, zu welchen Ergebnissen kommen diese Studien?
7. Wenn nein, wurden solche Studien in Auftrag gegeben und wann sind erste Ergebnisse zu erwarten?
8. Gibt es österreichische Studien die die Auswirkungen von Nanomaterialien auf die menschliche Gesundheit untersuchen?
9. Wenn ja, zu welchen Ergebnissen kommen diese Studien?
10. Wenn nein, wurden solche Studien in Auftrag gegeben und wann sind erste Ergebnisse zu erwarten?



Wien am
27. OKT 2009